

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Antrag der Bundesregierung – Drucksache 16/2700 –

Fortsetzung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan (UNMIS) auf Grundlage der Resolution 1709 (2006) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 22. September 2006

Bericht der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Herbert Frankenhauser, Lothar Mark, Michael Leutert und Alexander Bonde

Mit dem Antrag bittet die Bundesregierung den Deutschen Bundestag, der von der Bundesregierung am 20. September 2006 beschlossenen Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Mission der Vereinten Nationen im Sudan UNMIS (United Nations Mission in Sudan) auf Grundlage des Beschlusses des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) vom 22. September 2006 für weitere 14 Tage über den 24. September 2006 hinaus zuzustimmen.

Die Fortsetzung des Einsatzes soll ohne inhaltliche Änderungen und unter Fortgeltung der Regelungen des Beschlusses vom 13. April 2005, dem der Deutsche Bundestag am 22. April 2005 zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 15/5265 vom 13. April 2005), der Protokollnotiz der Bundesregierung vom 20. April 2005 (Bundestagsdrucksache 15/5343 vom 20. April 2005), des Verlängerungsbeschlusses der Bundesregierung vom 21. September 2005, dem der Deutsche Bundestag mit Wirkung vom 24. September 2005 zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 15/5997 vom 24. September 2005) sowie des Verlängerungsbeschlusses der Bundesregierung vom 22. März 2006, dem der Deutsche Bundestag am 7. April 2006 zuge-

stimmt hat (Bundestagsdrucksache 16/1052 vom 24. März 2006), erfolgen.

Die einsatzbedingten Zusatzausgaben werden, sofern sie nicht von den VN getragen bzw. erstattet werden, aus dem Einzelplan 14 finanziert. Sie würden für die Dauer von bis zu sechs Monaten und einen Einsatz von bis zu 75 Soldaten voraussichtlich bis zu 0,7 Mio. Euro betragen. Hiervon entfielen auf das Haushaltsjahr 2006 rund 0,35 Mio. Euro. Für die Ausgaben im Zeitraum des VN-Mandates (Verlängerung vom 22. September 2006 für weitere 14 Tage) ist im Einzelplan 14 im Haushaltsjahr 2006 Vorsorge getroffen.

Der Haushaltsausschuss hält den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme eines Mitglieds der Fraktion DIE LINKE. sowie bei Stimmenthaltung eines Mitglieds der Fraktion der CDU/CSU und eines Mitglieds der Fraktion DIE LINKE. für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben.

Dieser Bericht wird unter dem Vorbehalt erteilt, dass der federführende Auswärtige Ausschuss keine Änderungen mit wesentlichen finanziellen Auswirkungen empfiehlt.

Berlin, den 27. September 2006

Der Haushaltsausschuss

Otto Fricke
Vorsitzender

Jürgen Koppelin
Berichterstatter

Herbert Frankenhauser
Berichterstatter

Lothar Mark
Berichterstatter

Michael Leutert
Berichterstatter

Alexander Bonde
Berichterstatter